



## Bürgerinitiative Sendemastfreies Klein Borstel

c/o Jacqueline Tillmann – Stübeheide 158 – 22337 Hamburg  
Telefon: 040 - 50049450 – E-Mail : JMTillmann@t-online.de

Eilt !

**An Verteiler**  
(s. am Fuß des Schreibens)

Klein Borstel, den 15.08.2008

**Betr.:** Eingabe im Hinblick auf die umstrittene Errichtung eines Sendemastes für UMTS-Mobilfunk auf der S-Bahnstation Kornweg in Klein Borstel

### Sehr geehrte Damen und Herren

in den zuständigen Fachämtern des Bezirksamtes Hamburg-Nord,  
in den zuständigen Ämtern der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
in den Fraktionen und im Vorsitz der Bezirksversammlung Hamburg-Nord,  
in den Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft  
sowie bei der Deutschen Bahn AG !

Wir, die Bürgerinnen und Bürger von Klein Borstel sehen uns seit Ende Juni 2008 mit der Situation konfrontiert, dass mitten in unserem Ortszentrum auf dem Dach des S-Bahnzugangs Kornweg mit der Errichtung einer Mobilfunkbasisstation begonnen wurde. Als Mitglieder der daraufhin umgehend gegründeten Bürgerinitiative „Sendemastfreies Klein Borstel“ wollen wir unsere Empörung darüber zum Ausdruck bringen, dass weder der Bauherr, die O2 Germany GmbH & Co. OHG, Hohenzollernring 127-129, 22763 Hamburg noch die für die Bauleitung verantwortliche Firma, die DB Systel GmbH, Kriegerstraße 1G, 30161 Hannover es für notwendig befunden haben, entsprechend der Hamburger Bauordnung die direkt angrenzenden Grund-, Haus- und Wohnungseigentümer im Vorwege über das Bauvorhaben zu informieren. Mit dem für sie überraschenden Baubeginn haben sich viele Menschen unseres Ortsteils zusammengefunden, um ihren Unmut darüber zu artikulieren, wie der Grundeigentümer Deutsche Bahn AG, die Betreiber, die zuständige Kommunalverwaltung und unsere Kommunalpolitiker mit berechtigten Belangen der betroffenen und interessierten Einwohnerschaft von Klein Borstel im Hinblick auf eine rechtzeitige und umfassende Information umgegangen sind bzw. umgehen. Der zunehmende Wissensstand innerhalb dieser Bürgerinitiative und die kontroverse wissenschaftliche Diskussion über mögliche gesundheitliche Folgen einer dauerhaften und immer weiter zunehmenden Belastung durch elektromagnetische Hochfrequenzfelder, auch weit unterhalb der bisher als „ungefährlich“ angesehenen Grenzwerte, verunsichern und beunruhigen uns derzeit stark.

Bereits vor einigen Jahren hatte einer der beiden auch jetzt beteiligten Betreiber eine Basisstation am hiesigen Kirchturm der Gemeinde Maria Magdalenen errichtet, die jedoch aufgrund von Protesten aus der Kirchengemeinde und der Elternschaft des unmittelbar unterhalb des Turmes befindlichen, kircheneigenen Kindergartens umgehend wieder außer Betrieb genommen wurde. Jetzt liegt der neue Standort innerhalb der Ortsmitte nur knapp 100 Meter entfernt und wird mit erheblich mehr Sendeleistung in Betrieb gehen als die zuvor genannte Basisstation. Wir wenden uns daher heute mit diesem Schreiben an Sie, als die Vertreter von Institutionen (Bürgerschaft und Senat, Bezirkspolitik und Bezirksverwaltung sowie des Grundeigentümers Deutsche Bahn AG), die für die Entwicklung und Gestaltung unseres Ortsteils und unseres Lebensumfeldes in vielfältiger Form Verantwortung tragen.

Damit wollen wir, dass uns das in dem bisher gut vier Jahre andauernden Planungs- und Genehmigungsverfahren durch unterlassene Information im Prinzip versagte demokratische Recht auf zumindest informelle Mitsprache in angemessener Form wieder geöffnet wird und dass im Ergebnis möglicher Schaden von den Menschen in Klein Borstel sowie von der Entwicklung unseres Ortes und seines Gemeinwesens abgewendet wird.

Im Einzelnen geht es uns dabei um die folgenden

## **Fragen und Handlungsschwerpunkte:**

### **[ 1 ] Demokratischer Anstand und Ausgrenzung der Bürger**

Im Rahmen unserer Auseinandersetzung mit dem Bauvorhaben mussten wir zwangsläufig feststellen, dass das Baugenehmigungsverfahren von der Einreichung des Vorbescheidsantrages am 13.04.2004 bis zum Baubeginn am 30.06.2008 schon seit gut 50 Monaten in Gang war, ohne dass es auch nur einen Ansatz seitens der offiziell am Verfahren Beteiligten (Bezirksverwaltung, Bezirkspolitiker, Deutsche Bahn AG und Betreiber) gegeben hätte, die Einwohner von Klein Borstel über Sinn und Zweck des Vorhabens, über den Veranlasser, über anstehende Haftungsfragen, über die Standortwahl, über städtebauliche und wirtschaftliche Auswirkungen auf unseren Ortsmittelpunkt sowie über die im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs befindlichen und ernst zu nehmenden Hinweise auf gesundheitliche Auswirkungen angemessen zu unterrichten – wie es u. E. gutem demokratischen Anstand entsprochen hätte.

Derartiges Vorgehen macht uns als Bürgerinnen und Bürger betroffen, weil – wie wir jetzt behördlicherseits auch erfahren haben – die Bezirke grundsätzlich die Möglichkeit haben, „ ... im Rahmen eines Standortabstimmungsverfahrens zusammen mit den Mobilfunkbetreibern über einzelne Standorte zu diskutieren und ggf. Alternativstandorte vorzuschlagen“ sowie „ihre parlamentarischen Gremien in die Standortplanung mit einbeziehen können.“ Um so unverständlicher ist es uns, wieso angesichts des allgemein bekannten und ausdrücklichen Interesses vieler Bürgerinnen und Bürger für solche technischen Vorhaben mit noch weithin unbekanntem Auswirkungen auf unser Lebensumfeld vier Jahre lang von keiner der am offiziellen Verfahren beteiligten Stellen davon Gebrauch gemacht wurde, die im politischen Alltag Hamburgs durchaus üblichen Formen der informellen Bürgerbeteiligung wie Informationsveranstaltungen, Planungsdiskussionen oder Bürgergespräche anzubieten oder zu initiieren. Somit konnten Klein Borsteler Bürgerinnen und Bürger die wenigen ihnen ggf. zustehenden formellen Einspruchsmöglichkeiten in dem entsprechenden Verfahren nicht zeitgerecht bzw. überhaupt nicht wahrnehmen, sondern es wurde ihnen auch die informelle Mitwirkung im Sinne einer konstruktiven Auseinandersetzung mit den anstehenden Fragen bzw. zwecks Ermittlung von Änderungsmöglichkeiten oder Alternativlösungen prinzipiell verweigert.

Die ganze Bedeutung des Vorhabens wurde vor Ort nur Stück für Stück deutlich. Ende Juni d. J. wurde im Bereich der S-Bahnstation Kornweg lediglich mit DIN-A4-großen Papierzetteln auf die bevorstehende Baumaßnahme „Errichtung einer Mobilfunkstation S-Bahn Kornweg“ hingewiesen. Weitere Informationen über die Art und das Ausmaß des Bauvorhabens sowie über den Verfahrensstand mussten interessierte Bürgerinnen und Bürger bei zuständigen Dienststellen erst erfragen. Viele Einwohner Klein Borstels fühlen sich indes durch die völlig unzureichende Unterrichtung über das Bauvorhaben und den demzufolge überraschenden Baubeginn am 30.06.2008 von der Gesamtheit der am offiziellen Verfahren Beteiligten unangemessen umgangen, in ihren schmalen Einspruchsmöglichkeiten ausgegrenzt und letztlich „vor vollendete Tatsachen“ gestellt, die offenbar keine Veränderungen mehr zulassen sollen. Insofern ist es nur folgerichtig, dass unsere Bürgerinitiative „Sendemastfreies Klein Borstel“ in nur wenigen Wochen mehrere hundert Unterschriften von Klein Borsteler Bürgerinnen und Bürgern sammeln konnte, die sich ausdrücklich gegen die Errichtung des Sendemastes auf der S-Bahnstation inmitten unseres Ortsteils wenden.

Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern Klein Borstels herrscht zur Zeit der Eindruck vor, dass es sich bei diesem Bauvorhaben um ein solches handelt, bei dem öffentliche Diskussionen seitens der offiziell am Verfahren Beteiligten, insbesondere seitens des Betreibers, offenbar nicht gewünscht werden, bei dem angemessene Informationen der Bevölkerung nicht erfolgt sind bzw. zurückgehalten wurden und bei dem nicht zuletzt wegen der an der Baustelle seit nunmehr 6 Wochen fehlenden, weil nicht dauerhaft montierten Angaben über die für die Baustelle Verantwortlichen fraglich sei, ob denn bei soviel augenscheinlicher Anonymität alles mit rechten Dingen zugehen könne.

Dieser Eindruck wurde auf unerwartet eklatante Weise durch die Vorfälle an der Baustelle in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2008 bestätigt, als eine vor Ort sich nicht zu erkennen gebende Baufirma ohne vorherige öffentliche Ankündigung gegen 22 Uhr eine Vollsperrung der Straße Tornberg vornahm, damit auch den Aus- und Zugang der S-Bahnstation sowohl für S-Bahnbenutzer als auch Passanten aus den südlich der Bahnlinie gelegenen Wohnquartieren absolut blockierte und den letztlich erfolglosen Versuch unternahm, große Stahlbauteile für die Montage des Sendemastes auf das Dach der S-Bahnstation heben zu wollen.

Die Spitze des verantwortungslosen Vorgehens des betreffenden Unternehmens erlebte eine sich an der nächtlichen „Baustelle“ versammelnde Gruppe Klein Borsteler Bürgerinnen, Bürger und Passanten, als ein Baukran unter die S-Bahnbrücken gefahren und dessen großer Kranausleger in der schmalen Öffnung zwischen den beiden Richtungsbrücken bei noch laufendem S-Bahn-Verkehr nach oben ausgefahren wurde. Allen Anwesenden, außer offenbar dem Kranführer, den Bauarbeitern und dem Bauleiter von der ´DB Systel GmbH´, wurde in dem Augenblick das Risiko einer drohenden Katastrophe bewusst und auch die Erkenntnis, dass dieses Vorgehen die notwendigen behördlichen Genehmigungen und Sondererlaubnisse keinesfalls haben konnte. Diese Vermutung stellte sich dann als zutreffend heraus, als die von Bürgerinnen, Bürgern und Passanten mehrmals benachrichtigte Polizei vor Ort eintraf und feststellte, dass die für die nächtlichen Bauarbeiten notwendigen Sondererlaubnisse und Ausnahmegenehmigungen offenbar nicht vorlagen. Demgemäß haben die Polizeibeamten den Bauleiter und seine Kollegen veranlasst, die Arbeiten umgehend einzustellen, die Vollsperrung des Tornbergs aufzuheben, die Baufahrzeuge abzuziehen sowie die Absperrungen bis zum nächsten Morgen wieder zu entfernen. In den seitdem vergangenen vier Wochen hält dieser „Ruhezustand“ der vermeintlichen Baustelle an und lässt die Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf den weiteren Verlauf im Ungewissen.

## [ 2 ] Baurechtliche Situation und städtebauliche Auswirkungen

Hinsichtlich der für die Errichtung des Sendemastes nach Hamburgischem Baurecht zu erteilenden Baugenehmigung haben wir erfreulicherweise feststellen können, dass der im Juni 2004 ergangene negative Vorbescheid der Bezirksverwaltung Hamburg-Nord seine damalige Ablehnung u. E. zu Recht aus städtebaugestalterischen Gründen, insbesondere wegen der unmittelbaren Nähe von Wohngebäuden und den beiderseits der S-Bahn planrechtlich ausgewiesenen Wohngebieten (WR und WA), mit der Nähe des „städtebaulichen Erhaltungsgebietes“ Frank´sche Siedlung sowie mit der Störung der umgebenden städtebaulichen Struktur begründete. Dieser ablehnende Vorbescheid wurde im Juli 2005 durch den Bescheid des angerufenen Widerspruchsausschusses für rechtswidrig erklärt und damit außer Kraft gesetzt. Die Verwaltung wurde angewiesen, nunmehr eine Baugenehmigung zu erteilen.

Die entsprechende Begründung des Widerspruchsausschusses ist aus fachlicher Sicht zumindest ungewöhnlich, wenn nicht sogar widersinnig, weil sie ausschließlich das in den für Klein Borstel geltenden Bebauungsplänen ausgewiesene Bahngelände den Regelungen des § 34 des Baugesetzbuchs unterzieht, der aber wiederum die Zulässigkeit von Bauvorhaben gerade in den „unbeplanten“ und im Zusammenhang bebauten Ortsteilen regelt. Im Widerspruchsbescheid vom 07.07.2005 liest sich das so: „ ... *Demzufolge wäre ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung in die nähere Umgebung einfügt und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Dies ist hier der Fall. Der Mast wird auf dem geplanten Standort nicht wie ein Fremdkörper wirken, da die nähere Umgebung ohnehin von dem Bahnhofsgelände – und nicht von Wohngebieten – geprägt ist.*“

Unabhängig davon, dass der besagte § 34 BauGB speziell für *unbeplante* Ortsteile zur Anwendung kommt, stimmen seine städtebaulichen Kriterien dem Grunde nach mit denen überein, die auch für Bauvorhaben in den *plangemäß* bebauten Ortsteilen gelten, wie es das Wohn- und Geschäftszentrum in Klein Borstel z.B. darstellt. In diesem Sinne wären also gleichermaßen in *unbeplanten* als auch in *beplanten* und im Zusammenhang bebauten Ortsteilen Bauvorhaben zulässig, wenn sie sich „nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche ... in die Eigenart der näheren Umgebung“ einfügen und „die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse ... gewahrt bleiben.“ Darüber hinaus darf „das Ortsbild ... nicht beeinträchtigt werden“ und „dürfen keine schädlichen Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche in der Gemeinde ... zu erwarten sein.“

Allen diesen städtebaulichen Anforderungen aber entspricht das Bauvorhaben des Sendemastes auf der S-Bahnstation Kornweg erkennbar nicht. So kann sich die Stahlgitterkonstruktion des Sendemastes in ihrer technisch-industriellen Erscheinung, verstärkt durch ihre immense, den Kirchturm von Maria Magdalenen überragende Gesamthöhe von fast 25 m in keiner Weise in die Eigenart der umgebenden Bebauung einfügen. Diese wird nicht nur von der schon erwähnten Frank'schen Siedlung, sondern auch von den beiderseits der Bahn zwischen den beiden Weltkriegen entstandenen Siedlungsteilen mit ihren überwiegend in zweigeschossiger Backstein-Bauweise errichteten Wohn- und Geschäftsgebäuden geprägt, von denen einzelne hervorragende Gebäude in den letzten Jahren sogar unter Denkmalschutz gestellt worden sind. Das sich auf diese Weise darstellende und den Bürgerinnen und Bürgern von Klein Borstel überaus vertraute Ortsbild, das zudem eine Vielzahl privater Maßnahmen und Investitionen für die Verschönerung der Grundstücke, der Gebäude und auch der gemeinsam nutzbaren öffentlichen Flächen umfasst, würde durch den in diesem Zusammenhang explizit als Fremdkörper wahrzunehmenden Sendemast nachhaltig gestört.

Ob angesichts der umstrittenen gesundheitlichen Auswirkungen, die vom Betrieb des UMTS-Mobilfunkmastes ausgehen können – wofür eine lange Reihe wissenschaftlicher Hinweise, Warnungen und Untersuchungen sprechen – die gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse im Ortszentrum von Klein Borstel wirklich gewahrt werden können, ist für uns zum jetzigen Zeitpunkt zumindest sehr fraglich. Niemand von den vielen besorgten Klein Borsteler Bürgerinnen und Bürgern hat sich, seine Kinder und Enkel bisher solchen offenen Langzeitversuchen der Strahlenbelastung ausgesetzt gesehen, möchte aber auch nicht in zehn oder zwanzig Jahren die Feststellung treffen müssen, dass sich unsere Befürchtungen dann auf dramatische Weise bestätigt hätten. Insofern haben die jetzt noch unbestimmten gesundheitlichen Auswirkungen eines Sendemastes in unserem Ort in fataler Weise zur Folge, dass sich viele von uns einen psychologisch begründeten Schutzfilter zulegen, der sie nach Errichtung des Sendemastes dazu veranlassen wird, sich und die Ihren von den vermeintlich stärker belasteten Bereichen und Einrichtungen möglichst fernzuhalten.

Zu solchen (z.Zt. noch vermeintlich) stärker belasteten Bereichen und Einrichtungen gehört zuvorderst die S-Bahnstation Kornweg selbst, die u. a. während der Schulzeit von einer sehr großen Anzahl Schülerinnen und Schülern auf dem Weg von Klein Borstel zu weiterführenden Schulen in anderen Stadtteilen bzw. von Kindern aus anderen Stadtteilen auf dem Weg zur hiesigen Albert-Schweitzer-Gesamtschule benutzt wird. Des weiteren sind insbesondere alle Wohnungen und Wohngebäude im näheren Bereich um die S-Bahnstation betroffen. Mietwohnungen mit direktem Blick von den Balkonen auf den „strahlenden Mast“ werden erwartungsgemäß weniger attraktiv sein und nur geringere Einnahmen erzielen können, Wohngebäude und Wohngrundstücke werden als Immobilien zumindest vergleichsweise Wertverluste verzeichnen müssen (vgl. nachfolgenden Abschnitt [3] „Wertminderung von Grundstücken und Immobilien...“). Darüber hinaus zählen zu den voraussichtlich stärker belasteten Bereichen die Freisitze und Außenterrassen, die erfreulicherweise in den letzten Jahren vor den hiesigen Restaurants, Gaststätten, Cafés und anderen Geschäften in unserem Ortsteil hergerichtet wurden und seitdem mit guter Frequentierung einen Teil der Existenz ihrer Inhaber darstellen. Auch die übrigen Geschäftsleute sind verunsichert, ob sie und in welcher Form weitere Einschränkungen ihrer in der Klein Borsteler Ortslage sowieso nicht außerordentlich untermauerten Existenz werden hinnehmen müssen. – Da sage keiner, es dürften von der Errichtung des Sendemastes in der Ortsmitte Klein Borstels *„keine schädlichen Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche der Gemeinde zu erwarten sein.“*

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Deutsche Bahn AG mit der Verpachtung der Standortfläche für den Sendemast an ausgewählte Betreiber des UMTS-Mobilfunks, keinesfalls zur Deckung eines privilegierten Gemeinbedarfs für die Bevölkerung beiträgt, da gerade die Netze für Mobilfunk nicht zu diesen Ansprüchen allgemeiner Versorgung gerechnet werden. Vielmehr handelt es sich um eine kommerziell orientierte, spezielle Versorgung mit höheren Mobilfunkstandards, bei der die Deutsche Bahn AG durch die Bereitstellung von bundesweit 17.000 Standorten auf Bahngrundstücken sich einen anteiligen Gewinn an den Einnahmen der UMTS-Betreiber offenbar sichern will. Für Klein Borstel kommt erschwerend hinzu, dass seit vielen Jahren der Wunsch der Klein Borsteler an die Bahn nach einem kinderwagen- und behindertengerechten Aufzug für die S-Bahnstation Kornweg immer noch im Raume steht und womöglich die einzig geeignete Stelle für den Aufbau eines solchen Aufzugs jetzt durch die Errichtung des Sendemastes nachhaltig blockiert wird.

### **[ 3 ] Wertminderung von Grundstücken und Immobilien durch Mobilfunk- Sendemasten und ungeklärte Haftungsfragen**

Die in Klein Borstel im direkten Umfeld des Mastes wohnenden Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnungen, Geschäften und Betrieben sowie entsprechenden Gebäuden und Grundstücken fürchten durch die Errichtung der Mobilfunkstation erhebliche Wertverluste ihrer eigengenutzten und/oder vermieteten Objekte zu erleiden.

Insbesondere die innerhalb der Immobilienbranche zu diesem Thema seit mehreren Jahren laufende Diskussion schürt diese Sorgen erheblich, da selbst die führenden Verbände von möglichen Wertverlusten bis zu 30 % und mehr bei Objekten in direkter Nachbarschaft von Mobilfunk-Sendemasten ausgehen. Die hier in Klein Borstel betroffenen Personen leben von der Wohnungsvermietung oder sind erst vor wenigen Jahren hierher gezogen, um den gartenstadtähnlichen Charakter, für den unser Ortsteil über seine Grenzen hinaus bekannt ist, zu erleben. Da Sie mit ihren Kindern die Vorzüge und die familienfreundlichen Angebote als Entscheidungskriterium für ihren Zuzug nach Klein Borstel ansahen und die Anschaffung von Wohneigentum vornahmen, sehen Sie sich nunmehr stark in ihren Eigentumsrechten und -werten verletzt.

Wie sollen zukünftig die möglicherweise wegen des aufgestellten Sendemastes wegziehenden Mieterinnen und Mieter ersetzt werden, wenn der selbige direkt vor den Balkonen und Fensterfronten in den Himmel sticht und potentielle neue Mieterinnen und Mieter von vorneherein verschreckt, wie es Sachverständige und Dachverbände der Immobilienbranche in ihren täglichen Begegnungen und den bereits durchgeführten Mitgliederbefragungen feststellen mussten? [Quellenangabe siehe unten \*]) Wie sollen junge Familien das investierte Eigenkapital ohne erheblichen Verlust wieder nutzbar machen, wenn sie aus Furcht vor einer gesundheitlichen Belastung durch die permanenten Strahlungen des Sendemastes aus den erworbenen Wohnungen wieder ausziehen möchten?

Stehen die Interessen von Grundstücksgebern und Betreibern des Mobilfunknetzes in Deutschland über denen von Privatpersonen? Und dürfen erstere wirtschaftlichen Gewinn auf Kosten der zuletzt genannten erzielen und gleichzeitig die Übernahme von Haftungsansprüchen ablehnen? Wie uns aus einem Vorgang in der Gemeinde Ammersbek aus dem Jahr 2005 bekannt ist, trat ein Betreiber von seinem Bauvorhaben zurück, da er die Gemeinde nicht „*von allen Ansprüchen Dritter, die sich aus dem Bau, dem Betrieb oder dem Rückbau sowie sonst aus der Nutzung der Pachtsache ergeben, freistellen*“ wollte. [Quellenangabe siehe unten \*\*)] Wie stehen die Betreiber und der Grundstückseigentümer, die Deutsche Bahn AG in unserem Fall zu dieser Frage? Wie können die benachbarten Betriebe und Gewerbetreibenden davor bewahrt werden, ihre Kunden oder Gäste zu verlieren und damit finanzielle Einbußen in Kauf nehmen zu müssen?

---

\*) „Wertzuwachs / Wertminderung von Immobilien - Mobilfunk-Antennen in der Nachbarschaft“ von Franz Daniel Schoeller (BDGS u. RDM) Ausgabe 5/2003 „Informationsdienst für Sachverständige“

\*\*\*) Artikel im Hamburger Abendblatt vom 29.Juni 2005

### **[ 4 ] Gesundheitliche Risiken aufgrund langfristiger Belastungen durch hochfrequente elektromagnetische Felder (EMF)**

Neben den zuvor genannten finanziellen Aspekten Einzelner sind wir, die in der Bürgerinitiative aktiv gewordenen Bewohnerinnen und Bewohner von Klein Borstel, mehr darüber in Sorge, dass die mitten in unserem Ortskern entstehende Mobilfunkstation langfristig unser aller Gesundheit negativ beeinflusst. Sowohl die Vielzahl der bereits bestehenden und täglich noch mehr werdenden Bürgerinitiativen im In- und Ausland als auch vor allem die wachsende Zahl von Wissenschaftlern und Ärzten, die ihre warnenden Stimmen gegen den fortgesetzten Ausbau und Betrieb von Mobilfunkanlagen auf der derzeitigen gesetzlichen Grundlage erheben, haben unser Bewusstsein für die potentiellen Gefahren elektromagnetischer Felder in einer Weise geschärft, die uns beunruhigt. Studien von niedergelassenen Ärzten, Erkenntnisse namhafter Institutionen und deren Wissenschaftler und die kontroverse Diskussion innerhalb der Gesellschaft veranlassen uns, kritisch mit dem Thema umzugehen und uns unsere eigene Meinung zu bilden.

Aufgrund unserer intensiven Beschäftigung mit dem Thema stimmen wir mit den wissenschaftlichen Hinweisen überein,

- dass die geltenden Grenzwerte mit den falschen Methoden ermittelt worden sind,
- dass die fortgesetzte dauerhafte Bestrahlung der Bevölkerung durch gepulste elektromagnetische Felder (EMF) zu unvorhersehbaren gesundheitlichen Risiken in der Zukunft werden können und
- dass wir, die Betroffenen vor Ort mehr Mitspracherechte bei der Standortauswahl, den Betriebskriterien und der Netzdichte in unserem demokratischen System einfordern müssen.

Unser Ortsteil liegt bereits im Bereich der Radarerfassung durch den Hamburger Flughafen, der uns tagtäglich mit dem entsprechenden elektromagnetischen Feld erfasst. Wie viel zusätzliche Immissionen sollen und können uns noch zugemutet werden?

Die Vielzahl von Hinweisen aus der neueren Forschung, die uns durch den renommierten Wissenschaftler Dr. Lebrecht von Klitzing am 14.07.2008 in einem vielbesuchten öffentlichen Vortrag dargestellt wurden und auch die Auswertungen bereits älterer Untersuchungen aus den Staaten des ehemaligen Ostblocks oder dem militärischen Bereich weltweit zeigen, dass im gesamten Spektrum der elektro-magnetischen Felder durch langfristige Einwirkung eine Vielzahl gesundheitlicher Probleme entstehen. Warum sollte dies also gerade im Segment der Mobilfunkfrequenzen nicht der Fall sein?

Eine Schädigung des menschlichen Gen-Codes, die Abnahme der Fruchtbarkeit bei Männern, die ihr Mobilfunktelefon in der Hosentasche bei sich tragen, die Zunahme der Durchlässigkeit von Giftstoffen durch die Blut-Hirn-Schranke nach häufiger Nutzung dieser Technik und die damit verbundenen Risiken sowie die besondere Gefahr für gesundheitlich vorbelastete Menschen und das Immunsystem von Kindern und Jugendlichen, dessen Entwicklungsstörungen nicht wieder aufzuholen sind und eine dauerhafte Belastung des Gesundheitssystems Mensch darstellen, stimmen uns außerordentlich besorgt. Letztlich bestätigen uns auch die von offizieller Seite herausgegebenen Warnhinweise zum Umgang mit der Technik des Mobilfunks, dass nicht alle Fragen zum Thema „Mobilfunk und Gesundheit“ abschließend geklärt sind und damit Anlass zur kritischen Betrachtung des stetig wachsenden Mobilfunknetzes und seiner Folgen aus unserer Sicht mehr als gegeben ist.

*„Wir sind heute da, wo wir vor fünfzig Jahren beim Tabak und mit dem Asbest waren“* – so ein berühmter Krebsarzt zum Thema Handynutzung und Mobilfunk in einer großen deutschen Tageszeitung.

## **Was wir von Ihnen erwarten !**

Nach allen zuvor in unseren Ausführungen dargestellten Aspekten der Gesamtproblematik von Sendemasten, hochfrequenten elektromagnetischen Feldern und ihren Auswirkungen richten wir den eindringlichen Appell an Sie alle, unsere dargelegten ernsthaften Sorgen zu respektieren und Ihre im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben bestehende Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unseres Ortes jetzt wahrzunehmen.

Wir fordern Sie in Anbetracht der schwerwiegenden Befürchtungen in der Klein Borsteler Bevölkerung und der dringenden, aber ungeklärten Fragen nachdrücklich auf, sich im Rahmen Ihrer politischen Möglichkeiten und aufgrund Ihrer Befugnisse in der öffentlichen Verwaltung dafür einzusetzen, dass die Errichtung und Inbetriebnahme des umstrittenen UMTS-Mobilfunkmastes auf der S-Bahnstation Kornweg in Klein Borstel sofort eingestellt und nicht weiter betrieben wird.

Vielmehr soll es unser gemeinsames Ziel sein, unter Mitwirkung aller Beteiligten, d.h. der für unseren Ortsteil Verantwortung tragenden Politikerinnen und Politiker aller Parteien in der Hamburgischen Bürgerschaft und in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, der Vertreterinnen und Vertreter zuständiger Stellen in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie in der Bezirksverwaltung Hamburg-Nord, der Einwohnerinnen und Einwohner von Klein Borstel, der in unserem Ortsteil Gewerbetreibenden und der Besitzerinnen und Besitzer von Grundstücks- bzw. Wohnungseigentum und nicht zuletzt auch der Verantwortlichen der Deutschen Bahn AG eine von uns beabsichtigte öffentliche Diskussionsveranstaltung mit angemessener wissenschaftlicher Begleitung und professioneller Moderation bis spätestens Ende September 2008 durchzuführen. In dieser „verantwortlichen“ Gesprächsrunde sollen alle aus unserer Sicht anstehenden und noch offenen Fragen verlässlich besprochen werden, um eine für alle Seiten überzeugende Lösung für unseren Ort, sein Ortsbild und vor allem für seine Menschen zu erreichen, damit „... *die weitere Entwicklung der mobilen Kommunikation in einem ausgewogenen Verhältnis die Lebensqualität und Gesundheit der Bürger, die kommunalen Belange und die (örtlichen) wirtschaftlichen Interessen berücksichtigt.*“ [Quelle: „Leitfaden zur Standortabstimmung bei Mobilfunkanlagen“ herausgegeben im Juli 2006 von der Freien und Hansestadt Hamburg / Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt]

In der Erwartung, dass Sie sich zu dem von uns vorgeschlagenen weiteren Vorgehen bereit erklären können, setzen wir auf Ihre baldige Antwort und Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen aus Klein Borstel.

Für die Bürgerinitiative „Sendemastfreies Klein Borstel“

Jacqueline Tillmann  
(Stübeheide 158, 22337 Hbg.)

Dr. Ulrike Bittmann  
(Stübeheide 162, 22337 Hbg.)

Helga Stadelmann  
(Tornberg 30e, 22337 Hbg.)

Wolfgang Schmietendorf  
(Tornberg 23, 22337 Hbg.)

## **Verteiler**

\*) Anlagen: Kopien der Listen mit über 500 Unterschriften von Klein Borsteler Bürgerinnen und Bürgern, die sich in den letzten Wochen gegen die Errichtung eines Mobilfunkmastes in Klein Borstel ausgesprochen haben

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Frau Senatorin Anja Hajduk  
Stadthausbrücke 8  
20355 Hamburg  
E-Mail: [Anja.Hajduk@bsu.hamburg.de](mailto:Anja.Hajduk@bsu.hamburg.de)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Herrn Oberbaudirektor Prof. Jörn Walter  
Stadthausbrücke 8  
20355 Hamburg  
E-Mail: [Joern.Walter@bsu.hamburg.de](mailto:Joern.Walter@bsu.hamburg.de)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Amt für Immissionsschutz und Betriebe  
Umweltrechtliche Zulassung und Überwachung  
Herrn Dr. Michael Urbach  
Stadthausbrücke 8  
20355 Hamburg  
E-Mail: [emfinfo@bsu.hamburg.de](mailto:emfinfo@bsu.hamburg.de)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Amt für Landes- und Landschaftsplanung  
Herrn Amtsleiter Wilhelm Schulte  
Postfach 11 21 09, 20459 Hamburg  
E-Mail: [Wilhelm.Schulte@bsu.hamburg.de](mailto:Wilhelm.Schulte@bsu.hamburg.de)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Amt für Landes- und Landschaftsplanung  
Umweltprüfungen u. Strategische Umweltprüfungen  
z. Hd. Herrn Günter Bönnighausen  
Postfach 11 21 09, 20459 Hamburg  
E-Mail: [Guenter.Boennighausen@bsu.hamburg.de](mailto:Guenter.Boennighausen@bsu.hamburg.de)

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz  
Herr Dr. Wilhelm Thiele  
Billstraße 80  
20539 Hamburg  
E-Mail: [Wilhelm.Thiele@bsg.hamburg.de](mailto:Wilhelm.Thiele@bsg.hamburg.de)

Bezirksamt Hamburg-Nord \*)  
Herrn Bezirksamtsleiter Mathias Frommann o.V.i.A.  
Kümmelstraße 7  
20249 Hamburg  
E-Mail: [Mathias.Frommann@hamburg-nord.hamburg.de](mailto:Mathias.Frommann@hamburg-nord.hamburg.de)  
: [Harald.Roesler@hamburg-nord.hamburg.de](mailto:Harald.Roesler@hamburg-nord.hamburg.de)

Bezirksamt Hamburg-Nord  
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt  
Herrn Dezernenten Michael Fiebig  
Eppendorfer Landstraße 59  
20249 Hamburg  
E-Mail: [Michael.Fiebig@hamburg-nord.hamburg.de](mailto:Michael.Fiebig@hamburg-nord.hamburg.de)

Bezirksamt Hamburg-Nord  
Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung  
Mobilfunkkoordinator Herrn Eckhard Seidel  
Eppendorfer Landstraße 59  
20249 Hamburg  
E-Mail: [Eckhard.Seidel@hamburg-nord.hamburg.de](mailto:Eckhard.Seidel@hamburg-nord.hamburg.de)

Bezirksamt Hamburg-Nord  
Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen u. Umwelt  
Fachamt Bauprüfung  
Frau Martina Klode  
Kümmelstraße 4-8  
E-Mail: [Martina.Klode@hamburg-nord.hamburg.de](mailto:Martina.Klode@hamburg-nord.hamburg.de)

Bezirksamt Hamburg-Nord  
Fachamt Bauprüfung N/BP-Fu  
Frau Kluge  
Hummelsbütteler Landstraße 46  
22331 Hamburg  
E-Mail: [Baupruefung-Fuhlsbüttel@hamburg-nord.hamburg.de](mailto:Baupruefung-Fuhlsbüttel@hamburg-nord.hamburg.de)

Bezirksversammlung Hamburg-Nord \*)  
Vorsitzender Ulrich Grunwald  
Kümmelstraße 7  
20243 Hamburg  
E-Mail: [Bezirksamt@hamburg-nord.hamburg.de](mailto:Bezirksamt@hamburg-nord.hamburg.de)

CDU-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord \*)  
Fraktionsvorsitzender Dr. Andreas Schott  
Lokstedter Weg 24  
20251 Hamburg  
E-Mail: [Fraktion@cdu-nord.de](mailto:Fraktion@cdu-nord.de)

SPD-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord \*)  
Fraktionsvorsitzender Dr. Peter Tschentscher  
Martinistraße 31/33  
20251 Hamburg  
E-Mail: [info@spd-fraktion-nord.de](mailto:info@spd-fraktion-nord.de)

GAL-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord \*)  
Fraktionsvorsitzender Holger Koslowski  
Bussestraße 1  
22299 Hamburg  
E-Mail: [fraktion@galnord.de](mailto:fraktion@galnord.de)

Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord \*)  
Fraktionsvorsitzender Peter Heim  
Hartzlohplatz 1  
22307 Hamburg  
E-Mail: [buero@linksfraktion-nord.de](mailto:buero@linksfraktion-nord.de)

FDP-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord \*)  
Fraktionsvorsitzender Claus-Joachim Dickow  
Barmbeker Straße 3  
22303 Hamburg  
E-Mail: [FDPFraktionNord@aol.com](mailto:FDPFraktionNord@aol.com)

CDU-Bürgerschaftsfraktion Hamburg \*)  
Vorsitzender Frank Schira  
Rathausmarkt 1  
20095 Hamburg  
E-Mail: [rathaus@cdu-hamburg.de](mailto:rathaus@cdu-hamburg.de)

SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg \*)  
Vorsitzender Michael Neumann  
Rathausmarkt 1  
20095 Hamburg  
E-Mail: [info@spd-fraktion.hamburg.de](mailto:info@spd-fraktion.hamburg.de)

GAL-Bürgerschaftsfraktion Hamburg \*)  
Vorsitzender Jens Kerstan  
Rathausmarkt 1  
20095 Hamburg  
E-Mail: [info@gal-fraktion.de](mailto:info@gal-fraktion.de)

DIE LINKE-Bürgerschaftsfraktion Hamburg \*)  
Vorsitzende Dora Heyenn  
Rathausmarkt 1  
20095 Hamburg  
E-Mail: [dora.heyenn@linksfraktion-hamburg.de](mailto:dora.heyenn@linksfraktion-hamburg.de)

Deutsche Bahn Service Immobilien  
Niederlassung Hamburg  
Frau Eva von Thun  
Museumsstraße 31  
20097 Hamburg  
E-Mail: [eva.von-thun@bahn.de](mailto:eva.von-thun@bahn.de)

Deutsche Bahn Netz AG  
Niederlassung Hamburg - Immobilienmanagement  
Frau Irene Schwarz o.V.i.A.  
Museumsstraße 31  
20097 Hamburg  
E-Mail: [hans.bornschein@bahn.de](mailto:hans.bornschein@bahn.de)